

Gutachter: Erweiterung bringt 3600 Arbeitsplätze

Studie zur Zukunft des Phantasialands vorgelegt

Die Studie sieht keine Alternative zu den Plänen, wenn der Park dauerhaft bestehen will.

VON ALEXANDRA RINGENDAHL

Brühl - Die vom Phantasialand geplante Erweiterung hat nach den Ergebnissen eines Gutachtens deutliche Effekte auf den Arbeitsmarkt der Region. Die vom Phantasialand genannte Zahl von 1200 neuen Arbeitsplätzen im Park könne als „nachvollziehbar und wahrscheinlich“ bewertet werden, erläuterte Volkswirt Professor Peter Thuy von der mit dem Gutachten beauftragten Internationalen Fachhochschule Bad Honnef/Bonn im Brühler Planungsausschuss.

Hinzu kämen nach den Berechnungen der Gutachter nochmals gut 2400 indirekte neue Arbeitsplätze. Diese entstünden etwa in Zulieferbetrieben oder Handwerkerfirmen, die für die Instandsetzung beauftragt würden. Zu diesen 3600 Jobs kämen während der fünfjährigen Bauzeit nochmals rund 700 Arbeitsplätze im Baugewerbe. „Von daher kann die geplante Erweiterung um 30 Hektar aus arbeitsmarktpolitischen Gründen empfohlen werden“, fasste er zusammen.

Das zweite Fazit des Gutachtens: Der Park kann als klassischer Freizeitpark ohne die Erschließung neuer Bereiche und den Ausbau als Kurzurlaubsziel dauerhaft nicht bestehen. Aus freizeitökonomischer Sicht sei die Erweiterung alternativlos, erläuterte der Professor für Tourismusmanagement Helmut Wachowiak. Die in der Freizeitbranche erhobenen Daten belegten schon

jetzt aufgrund der demografischen Entwicklung eine Stagnation bei der Besucherzahl. Zuwächse könnten nur durch mehr Wiederholungsbesucher und den Umbau zum Kurzurlaubsziel erwirtschaftet werden. „Entweder das Produkt verfällt, oder es gelingt ein Relaunch, also eine Neuausrichtung an den Bedürfnissen der Kunden“, fasst Wachowiak zusammen. Wichtigstes Handicap für eine solche Neuausrichtung sei für das Phantasialand die große Enge, die schon jetzt zu Kundenzufriedenheit führe.

Nicht ausreichend

Wirtschaftsprüfer Michael Laufenberg unterstützte die These, dass die derzeitige Besucherzahl von zwei Millionen nicht ausreiche, um Neuinvestitionen zu tätigen. Seine Untersuchungen hätten ergeben, dass 2,2 Millionen Besucher notwendig wären, um den Status quo zu halten und regelmäßig in der Größenordnung von 20 Prozent des Umsatzes zu investieren. Ebenfalls stützte der Steuerfachmann die These des Parks, dass dieser als Tagesausflugsziel nicht bestehen könne. Schon jetzt werde die Hälfte des Umsatzzuwachses durch neue Unternehmensbereiche wie das Hotel oder die Dinnershow Fantissima erwirtschaftet.

Das Phantasialand rechnet bei einer Umsetzung der Erweiterungspläne mit einem Anstieg der Besucherzahl von 2 auf 2,6 Millionen Besucher. Diese Zahlen sind laut Gutachten realistisch. „Sie sind sogar eher konservativ geschätzt“, erläuterte Thuy. Basis der Untersuchungen waren zum einen die Selbstaus-

künfte des Phantasialands und eigene Recherchen. Auftraggeber ist die Stadt Brühl, die für das Gutachten 13 000 Euro investierte. Es sollte überprüft werden, ob die Angaben des Phantasialands stimmig sind.

Die neu geschaffenen Arbeitsplätze werden zu einem großen Teil Angebote für gering qualifizierte Arbeitnehmer sein. Dies liege in der Natur der Sache, antwortete Thuy auf eine Anfrage des Ratscherrn Wilfried Blanke (SPD). Aber gerade diese Arbeitsplätze würden ja gesucht. Agnes Niclasen (Grüne) äußerte angesichts der Mindestlohn-debatte Zweifel an der angemessenen Entlohnung. Sie wollte wissen, mit wie vielen Mitarbeitern im Niedriglohnbereich zu rechnen sein. „Für wie viele Arbeitnehmer muss dann die öffentliche Hand einspringen, weil der Lohn nicht zum Leben reicht?“, fragte Niclasen. Daten hierzu stünden nicht zur Verfügung, antwortete Thuy. Heinz Schmitz (Freie Wähler/BVB) bezweifelte, dass vor allem die 700 Arbeitsplätze in der Baubranche der Region zugute kommen werden. Er sehe die Gefahr, dass vor allem Subunternehmer mit Arbeitnehmern aus Billiglohnländern profitierten.

Für die Bürgerinitiative „50 000 Bäume“ bezeichnete deren Vorsitzende Doris Linzmeier die Unabhängigkeit des Gutachtens. Die Fachhochschule sei spezialisiert auf Tourismus und Mitglied im Bundesverband der deutschen Tourismuswirtschaft. „Genauso wie der Europapark Rust.“ Diese Verquickung sei nicht seriös. Die Größenordnung von 3600 Arbeitsplätzen wies sie als „utopisch“ zurück.

Grüne ziehen Zahlen in Zweifel

27.05.2008

Die Grünen üben Kritik am Gutachten über die Erweiterung des Phantasialands.

Rhein-Erft-Kreis/Brühl - Eine „kleine Wunschwelt“ voll mit „Phantasiazahlen“ konstruiere das Phantasialand und habe auf diese Weise bereits den Bürgermeister und die Mehrheit von Stadtrat und Kreistag eingefangen. So bezeichnen die Grünen im Rhein-Erft-Kreis die Vorgehensweise des Brühler Freizeitparks bei der Durchsetzung der geplanten Erweiterung. Damit reagieren die Grünen auf das Gutachten der Internationalen Fachhochschule Bad Honnef/Bonn, das vergangene Woche im Brühler Planungsausschuss vorgelegt worden war. Laut Studie soll eine Erweiterung des Freizeitparks 3600 Arbeitsplätze schaffen, 1200 im Parks selber und 2400 indirekt.

Die Quelle des Gutachtens seien die vom Phantasialand selbst vorgelegten Zahlen. Die geschätzten 1200 Stellen habe der Gutachter lediglich als „nachvollziehbar und wahrscheinlich“ bewertet und nicht eigens errechnet. Dass diese dann doppelt so viele Arbeitsplätze nach sich ziehen würden, sei „einem kleinen Trick“ zu verdanken: Laut der Grünen habe sich das Phantasialand auf Untersuchungen des Freizeitparks „Legoland“ berufen. Der Gutachter habe gehofft, „dass sich die bei Legoland abgelesenen Effekte eins zu eins übertragen lassen.“ Die Grünen fordern „eine tatsächliche unabhängige Beurteilung der Daten“.

(hc)

Engere Grenzen für das Phantasialand

NRW-Umweltministerium hegt Bedenken gegen Erweiterung zulasten des Waldes

Der Regionalrat in Köln soll nun über eine kleine Lösung entscheiden. Der Landesbetrieb Wald will aber nicht mitspielen.

VON BRITTA HAVLICEK

Brühl - Nicht mehr um 30 Hektar, sondern nur noch um 16 Hektar Erweiterungsfläche für das Brühler Phantasialand soll es in der Sitzung des Kölner Regionalrates im September gehen. Ursprünglich sollte die Entscheidung darüber, wie sich der Vergnügungspark in den Naturpark Rheinland ausdehnen soll, am kommenden Freitag, 13. Juni, in Köln fallen. Doch nach einer Vertagung ist nun ein neuer Vorschlag von SPD und auch FDP im Regionalrat gekommen. Beide Parteien fordern eine Entscheidung über die 16-Hektar-Variante. Einen entsprechenden Beschlussantrag haben die Sozialdemokraten formuliert.

Das Phantasialand sehe darin „einen ersten, wichtigen Schritt auf dem Wege zu seiner Zukunftssicherung“, heißt es vom Unternehmen. Und doch gibt sich das Phantasialand mit 16 Hektar nicht zufrieden. Zur Zukunftssicherung brauche der Park eine Flächenausweitung um 30 Hektar. Daher werden in einem



Die Ausdehnung des Phantasialandes zulasten des Waldes hält das Land für problematisch.

BILD: BEISSEL

getrennten Verfahren die weiteren 14 Hektar für die Erweiterung angestrebt.

Nach Informationen des „Kölner Stadt-Anzeiger“ soll Regierungspräsident Hans Peter Lindlar am Freitagmorgen im Ältestenrat des Regionalrates jedoch berichtet haben, dass das Umweltministerium dem Phantasialand seine Waldflä-

che für die Erweiterung gar nicht verkaufen wolle. Der Landesbetrieb „Wald und Holz“ spricht sich schon seit längerem gegen die „erhebliche Waldinanspruchnahme sowie eine Zerschneidung eines geschlossenen Waldgebiets“ aus.

Die Landesregierung zeigt sich deutlich reserviert. „Man sei an einer Lösung interessiert, bei der die

Natur so wenig wie möglich beeinträchtigt wird“, heißt es. Auf die Frage, ob damit klar sei, dass die Erweiterung nicht zulasten benachbarter Waldflächen gehen dürfe, heißt es in Düsseldorf: Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg (CDU) „erwartet, dass auch andere Möglichkeiten geprüft werden, bei denen weniger Natur beschädigt wird“.

K8FA 7.6.2008

316108
**Entscheidung
erst im
September**

Brühl/Köln - Zur Erweiterung des Phantasialandes wird der Regionalrat in Köln in seiner Sitzung am 13. Juni nicht über die beantragte Änderung des Regionalplans entscheiden: Die Bezirksregierung hat keine Beschlussvorlage gestellt. Von der Regierung heißt es, der Regionalrat habe versäumt, dies einzufordern. Regierungspräsident Hans Peter Lindlar will außerdem neue Gutachten zu Lärmproblemen und Umweltvorgaben. Die CDU-Fraktion im Regionalrat fordert nun, dass der Beschlussentwurf der Bezirksregierung bis zur Sitzung am 19. September 2008 vorgelegt wird.

KSTA 03/06/08